

Schlappe für den Bürgermeister

Südümgehung Stadtverordnete wollen mitreden

Von unserem Mitarbeiter
Dieter Fluck

■ **Limburg.** Entgegen der Empfehlung von Bürgermeister Martin Richard werden sich die Limburger Stadtverordneten damit befassen, dass der sogenannte Lenkungsausschuss dem Bundesverkehrsministerium die Blumenröder Alttrasse für die Südümgehung vorschlägt. Dafür sorgte die FDP-Fraktion mit einem Dringlichkeitsantrag, der einstimmig auf die Tagesordnung der jüngsten Sitzung aufgenommen und zur Beratung in den zuständigen Ausschuss überwiesen wurde. Die FDP vertritt die Auffassung, dass der Lenkungsausschuss keine demokratische Legitimation hat.

In dem Antrag wird der Magistrat aufgefordert, vor der Übermittlung der in elf Sitzungen des Lenkungsausschusses erstellten Unterlagen an das Ministerium in Berlin, diese Unterlagen und die hieraus resultierenden Erkenntnisse im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Verkehr vorzustellen. Teilnehmen sollen auch Gutachter.

Darzulegen sei, welche rechtliche Legitimation der Lenkungsausschuss habe, die Entscheidung über einen solch grundsätzlichen Straßenbau zu treffen. Weiter soll der bisherige Kostenaufwand der Stadt für alle Untersuchungen beziffert werden. Um sich auf die Sitzung vorbereiten zu können, sollen den Fraktionen und den Ausschussmitgliedern vorher die vollständigen Unterlagen zur Verfügung gestellt werden.

Die Antragsteller weisen darauf hin, dass der Lenkungsausschuss

nicht öffentlich getagt habe und Informationen über seine Arbeit nur spärlich geflossen seien. Zuletzt habe der Bürgermeister auf Nachfrage im August mitgeteilt, dass nach Abschluss der Beratung informiert werden soll. Das sei bisher nicht geschehen.

Die Liberalen weisen „mit Verwunderung“ auf Bürgermeister Richards Äußerung gegenüber der Presse hin, wonach die Ergebnisse des Lenkungsausschusses derzeit nicht Gegenstand der politischen Diskussion seien und auch die Träger öffentlicher Belange sie nur zur Kenntnis erhielten, nicht aber zur

Diskussion. Beratung und Diskussion seien erst sinnvoll, wenn sich das Verkehrsministerium, das die Mittel bereitstellt, geäußert hat.

„Was Gegenstand politischer Diskussion ist, darüber kann sicher noch das Parlament eigenständig entscheiden“, sagte die FDP-Fraktionsvorsitzende Marion Schardt. Gegenstand könne die

„Was Gegenstand politischer Diskussion ist, darüber kann sicher noch das Parlament eigenständig entscheiden.“

Marion Schardt (FDP)

Frage sein, ob ein Bürgerentscheid über eine Südümgehung auf der Alttrasse durchgeführt werde; ob bei einer Festlegung auf die Alttrasse überhaupt eine Südümgehung gebaut werde beziehungsweise Ausgaben von 80 Millionen Euro gerechtfertigt seien; ob alle Varianten richtig untersucht wurden und ob eine Stadtstraße die Luftqualität von Limburg verschlechtert und dies den Luftreinhalteplan beeinflusst.

Außerdem habe Richard in der Presse erklärt, für beide Trassen seien die Flächen freigehalten worden. Da mute es merkwürdig an, dass Flächen auf der Alttrasse veräußert wurden.